

# **Verband des höheren Verwaltungsdienstes in Schleswig-Holstein e.V.**

**Mitglied im Deutschen Beamtenbund**

## **Bericht des Vorstandes über die Arbeit im Jahr 2017**

### **1. Mitgliederentwicklung**

Nachdem die Mitgliederentwicklung in den Vorjahren leicht rückläufig war, haben wir im vergangenen Jahr einen erfreulichen Zuwachs erfahren. Es sind zwar drei langjährige Mitglieder ausgetreten und ein Kollege ist verstorben. Dem gegenüber haben acht Kolleginnen und Kollegen zu uns gefunden, sodass unsere Mitgliederzahl jetzt auf 108 gestiegen ist. Angesichts unserer Altersstruktur müssen wir uns weiterhin um neue Mitglieder bemühen. Hier gilt es weiterhin den Kontakt mit der JuWi-AG aufrechtzuerhalten.

### **2. Arbeitsschwerpunkte des Vorstandes im zurückliegenden Jahr**

- 2.1. Nach unserer letzten Mitgliederversammlung am 26. April 2017 haben wir fünf Vorstandssitzungen abgehalten. Wie üblich konzentrierte sich die Vorstandsarbeit zum einen Teil auf verbandsinterne Angelegenheiten, die Erhebung bzw. Entrichtung des Mitgliedsbeitrages funktioniert reibungslos, die Mahnung in wenigen Fällen ist erfolgreich. Auch an dieser Stelle möchten wir uns dafür bedanken, dass die älteren Kolleginnen und Kollegen uns weiterhin die Treue halten. Damit unterstützen sie auch die Interessenvertretung für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen, die wie erwähnt zunehmend zu uns stoßen. Aber der Verband vertritt auch die Pensionäre, wie unter anderem unser Engagement in Sachen Beihilfebearbeitung zeigt. Außerdem sind unsere Bemühungen in Sachen Besoldung vor dem Hintergrund unserer grundsätzlichen Auffassung zu sehen, dass Besoldung und Versorgung im Gleichklang angepasst werden müssen.

Intern ist der Übergang bei unserer Geschäftsstelle von Frau Landschoof auf Frau Sievers erfolgreich verlaufen. In Kooperation mit Frau Brandt sind auch die nötigen Übergänge in Bezug auf die Kontoführung bei der Sparkasse optimal abgewickelt worden.

- 2.2. Im Bereich der Veranstaltung hatten wir im vergangenen Jahr aus Anlass der Mitgliederversammlung den Vorstand der hsh-portfoliomanagement AöR, Herrn Karl Hermann Witte, mit einem interessanten und aktuellen Vortrag zu Gast. Im Herbst haben wir unsere Jahresveranstaltung mit der Bürger – und Polizeibeauftragten, Frau El Samadoni, in dem Inklusionsbetrieb „Freistil“. Beide Veranstaltungen stießen auf reges Interesse der teilnehmenden Mitglieder. Mit dem heutigen Vortrag setzen wir unser Bemühen fort, aktuelle Themen zu behandeln. Anregungen für unsere Jahresveranstaltung im Herbst werden gerne entgegengenommen.
- 2.3. Auch im vergangenen Jahr haben wir uns weiter mit dem Thema Dienstpostenbewertung in den Ministerien befasst. Die Meinungsbildung über die kon-

krete Ausgestaltung ist innerhalb der Landesregierung immer noch nicht abgeschlossen. Wir hatten hierüber schon in den vergangenen Jahren ausführlich berichtet. Wir sehen dringenden Änderungsbedarf an dem zur Zeit noch präferierten Modell des Umweltministeriums. Hier geht es zum einen darum, die Chancen für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen auf ein angemessenes, berufliches Fortkommen zu gewährleisten und damit direkt zusammenhängend, die Attraktivität für den höheren Dienst in der schleswig-holsteinischen Landesregierung zu sichern. Leider hat der bisherige Dialog mit der Staatskanzlei allein keinen Erfolg gehabt. Dies hat dazu geführt, dass wir im vergangenen Monat in einem Schreiben an alle Staatssekretäre der Häuser unsere Auffassung noch einmal ausführlich dargestellt haben. Hier bleiben wir am Ball.

- 2.4. Ebenso wie der dbb setzen wir uns dafür ein, dass die Zusage eingehalten wird, dass Weihnachtsgeld in der vormaligen Höhe wieder zu gewähren, wenn die Finanzlage sich verbessert hat. Wir sehen hier einen direkten Zusammenhang mit der immer weiter auseinanderdriftenden Besoldung bei Bund und Ländern. Ein Besoldungsvergleich anhand von Beispielfällen unseres Berliner Schwesternverbandes zeigt, dass sich die schleswig-holsteinische Besoldung im höheren Dienst im unteren Drittel bewegt. In einem Beispiel eines A14-Beamten ohne Kinder und 10 Dienstjahren nehmen wir sogar den vorletzten Platz ein. Dies hat uns bewogen, erneut an die Finanzministerin zu schreiben. Die Antwort der Finanzministerin ist unbefriedigend, weil nicht besonders konkret und sehr vage in Bezug auf die zeitliche Umsetzung möglicher Verbesserungen. Immerhin deutet sie an, dass es Vorplanungen mit zwei Zielrichtungen gäbe: 1. Anhebung der Grundgehälter in den Einstiegsstufen der A und R Besoldung zur Stärkung der Gewinnung von Nachwuchskräften und 2. Weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität, die ggf. mit einer generellen Neustrukturierung der Stufen der A-Besoldung kombiniert werden sollen. Zur Dämpfung der finanziellen Auswirkungen soll es ein stufenweises Vorgehen bis zum Ende der Legislaturperiode geben. Die Finanzministerin geht davon aus, dass ein Gesetzesvorhaben in 2019 angestoßen wird.
- 2.5. Erneut haben wir uns mit dem Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Führungspositionen“ befasst und hier ein Gespräch mit der Staatskanzlei geführt. Darin wurde von uns die Auswertung einer Umfrage unter den Mitarbeiterinnen des höheren Dienstes in den Ministerien kritisch hinterfragt. Wir sind derzeit nicht überzeugt, dass den politischen Erklärungen auch effektive Veränderungen folgen. Die Auswertung der Umfrage gibt das jedenfalls nicht her. Wir werden hier noch weiter nachbohren.
- 2.6. In einem Schreiben an die Finanzministerin haben wir sie aufgefordert, auch für Schleswig-Holstein ein sogenanntes Altersgeld einzuführen, wie es andere Länder bereits getan haben. Hintergrund ist eine Entscheidung des europäischen Gerichtshofs, dass die derzeitige Praxis der Nachversicherung im Falle des Ausscheidens aus dem Beamtenverhältnis wegen Verstoßes gegen die Arbeitnehmerfreizügigkeit europarechtswidrig ist. Die Finanzministerin will zunächst noch einen Gerichtsentscheid aus NRW abwarten und dann entscheiden, auf welche Weise die Vorgaben des Gerichtshofs umgesetzt werden sollen.

### 3. Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

- 3.1. In der Vergangenheit haben wir wieder an den Beratungen des Bundesverbandes der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes teilgenommen. Wie immer ging es um die Änderungen der Besoldung, der Stellen, der beamtenrechtlichen Struktur und des Dienstrechts. Außerdem findet ein Informationsaustausch über die berufspolitischen Entwicklungen beim Bund und den Ländern statt. Hier ist eine Übersicht der Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst, der der Bundesverband angehört, sehr hilfreich. Auch im Bundesverband wird beklagt, dass Verbesserungen bei der Stellenzahl und der Struktur häufig nur im Bereich Steuer, Polizei und Lehrer stattfinden, während die allgemeine Verwaltung – und hier insbesondere der höhere Dienst – davon ausgespart wird bzw. sogar Einsparvorgaben umzusetzen hat. – im Einvernehmen mit dem Bundesverband hat der Vorsitzende seine Fühler nach Hamburg und Bremen ausgestreckt, um Möglichkeiten der Gründung von Schwesterverbänden zu erforschen. Dies war im Ergebnis nicht erfolgreich.
- 3.2. Die Zusammenarbeit mit dem dbb ist gut. Wir haben im vergangenen Jahr den Landesvorsitzenden, Herrn Tellkamp, zu einer Vorstandssitzung eingeladen. Wir hatten Gelegenheit, unser Anliegen mit ihm zu erörtern und haben weitgehende Übereinstimmungen feststellen können.
- 3.3. Der Verband und viele seiner Mitglieder sind auch Mitglied in der Lorenz-von-Stein-Gesellschaft. Der Vorsitzende hat als kooptiertes Mitglied im Herbst 2017 an der Vorstandssitzung der Gesellschaft teilgenommen. Leider wird das Lorenz-von-Stein-Institut relativ wenig vom Land beauftragt.
- 3.4. Die Zusammenarbeit mit der JuWi-AG gestaltet sich weiter gut. Mitglieder des Vorstandes der AG nehmen mit beratender Stimme an unserer Vorstandssitzung teil. Wir haben auch die Gelegenheit wahrgenommen mit Mitgliedern der JuWi AG in einen Meinungsaustausch über ihre aktuellen Probleme und Sichtweisen einzutreten.